

Feedback der Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung

an die Jugendlichen, die sich am Projekt „Ichmache>Politik|Demografie“ des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) beteiligt haben

Die Demografiestrategie der Bundesregierung

Der demografische Wandel wird Deutschland in den kommenden Jahrzehnten stark verändern, bedingt insbesondere durch die niedrige Geburtenrate und die gestiegene Lebenserwartung. Folgen des demografischen Wandels können zum Beispiel fehlende Nachwuchsfachkräfte und der Wegzug vor allem junger Menschen aus ländlichen Regionen sein. Diese Probleme werden allein durch eine höhere Geburtenrate oder die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern nicht gelöst.

Um diesen Entwicklungen zu begegnen und um den Bedürfnissen aller Generationen gerecht zu werden, hat die Bundesregierung 2012 eine Demografiestrategie gestartet. An ihrer Weiterentwicklung wirken verschiedene Bundesministerien und zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Länder und Kommunen, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, weiterer Verbände, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft (so genannte „Gestaltungspartner“) sowie Bürgerinnen und Bürger jeden Alters mit. Sie wollen gemeinsam Lösungen entwickeln und Aktivitäten aufeinander abstimmen. Insgesamt wurden zehn Arbeitsgruppen ins Leben gerufen.

Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ ist eine davon. In der Arbeitsgruppe befassen wir uns schwerpunktmäßig mit dem Aufwachsen in ländlichen Regionen, weil sich dort die Folgen des demografischen Wandels bereits heute besonders deutlich zeigen und für junge Menschen mit besonderen Herausforderungen verbunden sind.

Dazu haben die Gestaltungspartner gemeinsam mit Jugendlichen zum 3. Demografie Gipfel am 16. März 2017 mehrheitlich Empfehlungen für die Demografiestrategie der Bundesregierung in folgenden Handlungsfeldern erarbeitet:

- Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern,
- Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken,
- Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen,
- Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern,
- Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen,
- Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen,
- Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen,
- Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen,
- Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen.

Wie wurde die Jugendbeteiligung in der AG organisiert?

Um Euren vielfältigen Stimmen Gehör zu verschaffen, haben wir durch das Projekt „Ichmache>Politik|Demografie“ des DBJR sichergestellt, dass Ihr euch direkt an unserer Arbeit beteiligen könnt – online und vor Ort. Darüber hinaus beteiligten sich Jugendliche in vier Modelllandkreisen (Friesland, Kyffhäuserkreis, Lichtenfels, Vorpommern-Rügen) über das Projekt „Jugend-Demografie-

Dialog“ (Leuphana-Universität Lüneburg) an der Arbeit der AG. Mit ihnen wurden Zukunftswerkstätten und Jugendkonferenzen durchgeführt, deren Ergebnisse uns vor Ort präsentiert wurden.

Die Ergebnisse der Beteiligungsrunden von „Ichmache>Politik|Demografie“ haben uns gezeigt, dass Ihr Euch zu vielfältigen Themen äußert. Eure Rückmeldungen betreffen dabei nicht nur „ländliche“ oder „jugendliche“ Themen, sondern beschäftigen sich zum Beispiel auch intensiv mit den generationenübergreifenden Herausforderungen des demografischen Wandels. Einmal mehr wurde gezeigt, dass Jugendliche wichtige Perspektiven in die Debatten zum demografischen Wandel einbringen.

Viele Themen, die Euch beschäftigten, wurden bereits Anfang 2015 vom Projekt „Ichmache>Politik|Demografie“ gesammelt und anschließend auf Facebook, Twitter und Instagram zur Abstimmung gestellt. Auf Basis dieses Rankings haben wir uns schon seinerzeit intensiv mit Euren Themen auseinandergesetzt und Euch auch ein erstes Feedback zukommen lassen. In zwei Beteiligungsrunden – „So sieht’s aus! Image < Jugend > Internet“ im Jahr 2015 und „Das muss sein“ im vergangenen Jahr – habt Ihr weitere Forderungen und Ideen zu den Themen der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ und damit für eine jugendgerechte Demografiepolitik formuliert.

Die Ergebnisse beider Beteiligungsrunden und der Beteiligungsprojekte in den Landkreisen haben wir diskutiert. Die Positionen und Forderungen der Jugendlichen werden in den einzelnen Handlungsfeldern ausführlich wiedergegeben. Im Folgenden erklären wir, welche Eurer Beiträge aus den Beteiligungsrunden von „Ichmache>Politik|Demografie“ in die Handlungsempfehlungen der Gestaltungspartner aufgenommen wurden, welche nicht und warum.

1. Was braucht ihr zum guten Leben?

Hier ging es Euch darum, wie die Infrastruktur vor Ort verbessert werden kann. Was braucht Ihr in Eurer Stadt oder Region, damit Ihr Euch dort wohlfühlen könnt und gern dort leben wollt?

Besonders wichtig ist Euch Erreichbarkeit. Dazu gehört, dass ihr mobil sein könnt, auch außerhalb der Schulzeiten. Außerdem fordert Ihr bezahlbare Tarife. Ihr sagt zum Beispiel: *„Die Busse sollten in einem geregelten Takt fahren. Wenn nötig, sollten kleinere Busse eingesetzt werden, um alle Dörfer anzubinden.“* und *„Niedrigere Preise für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) könnten, z. B. durch Subventionierung alternativer Wettbewerber wie Busunternehmen oder auch die Einführung eines Zonensystems für den ÖPNV erreicht werden. Auch eine Vereinheitlichung der Tarife über Verbundgrenzen hinaus ist anzustreben!“*

Die Fahrradinfrastruktur (z. B. Ausbau von Fahrradwegen, Möglichkeit der Fahrradmitnahme im ÖPNV bzw. Abstellmöglichkeiten generell) sollte Eurer Ansicht nach ebenfalls ausgebaut werden; Ihr könnt Euch aber auch kreative Mobilitätsalternativen (z. B. sichere Mitfahrgelegenheiten, CarSharing) vorstellen.

Zur Erreichbarkeit gehört für Euch auch das Thema Internet. Ihr sagt zum Beispiel: *„Eine gut ausgebaute, allen zugängliche, kostengünstige oder gar kostenlos nutzbare Internet-Infrastruktur muss her! Diese hat Einfluss auf viele Lebensbereiche und fördert vor allem chancengleiche Bildung und Zugang zu Information sowie Kommunikation.“*

Das Thema Erreichbarkeit hat auch in den Diskussionen der AG eine große Rolle gespielt. Dementsprechend gibt es dazu auch ein eigenes Handlungsfeld **Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen**.

Die Handlungsempfehlungen der Gestaltungspartner greifen viele der von Euch genannten Aspekte auf, indem angeregt wird, wie Mobilität über den Schülerverkehr hinaus aussehen und entsprechend Eurer Bedürfnisse verbessert werden kann. Es wird außerdem ein Ticket für Jugendliche vorgeschlagen, das bezahlbar ist und über verschiedene Regionen hinweg genutzt werden kann. Auch wenn ihr nicht mit

dem Bus unterwegs seid, sondern z. B. mit dem Fahrrad, soll es eine verstärkte Förderung geben, beispielsweise durch den Ausbau von Fahrradwegen.

Die Empfehlung für einen flächendeckenden Ausbau von Breitband-Internet und Mobilfunk in den ländlichen Regionen berücksichtigt einen weiteren, für Euch äußerst wichtigen Aspekt von Erreichbarkeit.

Neben der Erreichbarkeit sind für Euch zum guten Leben vielfältige Angebote zur Freizeitgestaltung und dafür gut erreichbare und gut ausgestattete Orte wichtig. Auch generationenübergreifende Angebote kommen für Euch in Frage. Ihr wisst aber auch, dass diese Wünsche mit der Finanzierung stehen und fallen. Daher fordert Ihr: *„Ohne Moos nix los – Mehr Geld und Unterstützung für eine starke Kinder- und Jugendarbeit!“*

Eine der Empfehlungen im Handlungsfeld **Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken** sieht vor, die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit langfristig zu sichern und strukturell zu unterstützen. Außerdem wird empfohlen, sich für neue, kreative Ideen und alternative Angebotsformen zu öffnen, damit es nicht immer weniger Angebote für Jugendliche gibt. Die Empfehlung, jungen Menschen die Nutzung öffentlicher Räume und Flächen flexibler zu ermöglichen und Möglichkeiten für Selbstorganisation zu eröffnen, entspricht Euren Wünschen nach mehr und selbstgestalteten (Frei-)Räumen.

Doch nicht nur für die Freizeitgestaltung fordert Ihr Räume, Ihr sprecht auch das Thema Wohnen an: *„Wir wollen gute Wohnkonzepte und mehr Wohnraum für Jung und Alt!“* Zu einer guten Infrastruktur vor Ort gehören für Euch auch ein wohnortnaher Zugang zur Verwaltung oder hilfsweise Mobilitätslösungen, mit denen diese unkompliziert erreicht werden kann sowie der Ausbau digitaler Verwaltungsangebote.

Die Themen Räume und Wohnen werden im Handlungsfeld **Zusammenhalt: Familie und Generationenialog fördern** berücksichtigt. Es finden sich dort Empfehlungen zu einer generationenübergreifenden Gestaltung der Angebote vor Ort, wie z. B. altersgerechtes, familiengerechtes aber auch generationenübergreifendes Wohnen bzw. die flexiblere Nutzung bestehenden Wohnraums, mehr Begegnungsorten oder andere Freizeitangebote für Jung und Alt.

Das Thema digitale Verwaltung bzw. Erhalt wohnortnaher Verwaltungsstrukturen hat die Arbeitsgruppe nicht näher vertieft, da insbesondere die Arbeitsgruppe *„Regionen im demografischen Wandel stärken – Lebensqualität in Stadt und Land fördern“* sich gesondert mit der Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge beschäftigt.

Ihr wünscht Euch auch eine bessere Gesundheitsversorgung vor Ort – nicht nur für Euch sondern für alle Generationen. Ihr fordert: *„Ärztliche Versorgung auf dem Land sichern!“*

Die Empfehlung für eine Sicherung der gesundheitlichen Versorgung in ländlichen Regionen im **Handlungsfeld Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken** greift diesen Vorschlag von Euch auf.

Nicht in den Handlungsempfehlungen der Gestaltungspartner aufgegriffen wird das Thema Pflege, da die Arbeitsgruppe *„Selbstbestimmtes Leben im Alter“* sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt und unsere Arbeitsgruppe dafür keine ausreichende gemeinsame Grundlage hat.

2. Füreinander-Miteinander: Wie kann das funktionieren?

Ihr wollt Euch engagieren. Häufig gibt es dafür gerade in ländlichen Regionen auch Bedarf, aber entsprechende Initiativen oder Jugendzentren fehlen. Außerdem wollt Ihr mitbestimmen, wenn etwas entschieden wird. Und Ihr wollt auch mitgestalten. Die Frage an Euch war: Was muss sich verändern, damit ihr Euch engagieren könnt? Und wo würdet Ihr gerne mehr mitbestimmen – und wie? Welche Angebote fehlen bei euch vor Ort und wie können alle Generationen eingebunden werden?

Mit Blick auf Mitwirkung fordert Ihr zum Beispiel: *„Wir wollen gewählte Vertretungen, attraktivere Jugendparlamente, mehr kontinuierliche Beteiligung, gesicherte Ressourcen und tatsächliche Entscheidungsbefugnis!“*

Auch das Wahlrecht soll Eurer Ansicht nach verändert werden, so dass Jugendliche leichter an Wahlen teilnehmen können, z. B. durch die Möglichkeit von Handywahlen, kürzeren Wahlperioden, mehr Bürgerentscheiden und die Senkung des Wahlalters.

Ihr fordert auch: *„Die bereits bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten der gewählten Vertreter_innen in der Schüler_innenvertretung sollen gestärkt und seitens der Schulleitung und des Lehrerkollegiums ernster genommen werden.“*

Wir teilen Eure Ansicht, dass die Mitwirkung und das Engagement Jugendlicher wesentliche Grundlagen für eine jugendgerechte Gestaltung des demografischen Wandels sind. Entsprechend gibt es auch ein eigenes Kapitel **Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen**. Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten und Transparenz von politischen und institutionellen Strukturen sind dafür wichtige Voraussetzungen.

In den Handlungsempfehlungen der Gestaltungspartner finden sich viele Eurer Forderungen wieder, indem zum einen vorgeschlagen wird, über rechtliche Grundlagen für Beteiligung zu informieren und bestehende Regelungen weiterzuentwickeln bzw. zu stärken. Auch soll die Kinder- und Jugendarbeit als Ort für Jugendbeteiligung abgesichert werden. Das Wahlalter wird ebenfalls aufgegriffen und eine flächendeckende Absenkung auf 16 Jahre angeregt.

Auch das Thema Beteiligung in Schulen haben die Gestaltungspartner in die Empfehlungen aufgenommen, allerdings im Kapitel **Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen**. Dort wird empfohlen, die Beteiligung von jungen Menschen in Schulen auf die politische Agenda zu setzen und fachliche Standards hinsichtlich Ausstattung, Finanzierung und Qualifizierung von Schülerinnen- und Schülervertretungen zu entwickeln und umzusetzen.

Damit sich die Jugendlichen mehr und besser ehrenamtlich einbringen können und Wertschätzung erfahren, wünscht Ihr Euch vor allem eine stärkere finanzielle Unterstützung Eures Engagements: *„Schaffung von Anreizen beziehungsweise Vorteilen für ehrenamtlich Engagierte! Die Politik soll Hürden für Engagement senken.“*

Ihr fordert ein Grundeinkommen oder auch andere Formen der „Vergütung“ (z. B. Vergünstigungen, Gutscheine, Vorteile auf dem Arbeitsmarkt), die es Euch ermöglichen, sich frei von finanziellen Zwängen einzubringen. Außerdem fordert Ihr bundesweit einheitliche Regelungen zur Freistellung für ehrenamtliches Engagement von Schule, Studium und Arbeit sowie eine inhaltliche Unterstützung von ehrenamtlicher Arbeit durch pädagogische Begleitung sowie Aus- und Fortbildung. Aber auch strukturell, d. h. in erster Linie finanziell, sollen Vereine und Jugendverbände aus Eurer Sicht stärker unterstützt werden. Außerdem fordert ihr: *„Anerkennung der Jugendverbände als außerschulische Bildungsorte: Als solche sind sie bei der Gestaltung der lokalen und regionalen Bildungslandschaften als gleichberechtigte Partner einzubeziehen.“*

Wie bereits an anderer Stelle dargestellt, gibt es im Handlungsfeld **Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken** eine Empfehlung, die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit langfristig zu sichern und strukturell zu unterstützen. Darüber hinaus findet sich im Handlungsfeld **Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern** die Empfehlung, Jugendarbeit als Ort zu stärken, an dem Jugendliche ihre Lebenswelt und die Gesellschaft mitgestalten können und damit auch sicht- und hörbar werden, z. B. durch sichere Ressourcen und mit Blick auf eine wertschätzende Anerkennungskultur. Und auch im Handlungsfeld **Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen** wird von den Gestaltungspartnern empfohlen, „kommunale Bildungslandschaften“, in denen alle Bildungsakteure (z. B. Kita, Schule, Jugendeinrichtungen) vernetzt sind, auszubauen. Eure Forderung wurde also in mehreren Handlungsfeldern aus verschiedenen Blickwinkeln berücksichtigt.

Das Thema Engagementförderung findet Ihr u. a. in den Empfehlungen zur Stärkung der Jugendfreiwilligendienste und des Bundesfreiwilligendienstes sowie für verbesserte rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen wieder. Ebenso aufgenommen wurde eine Empfehlung zur gleichwertigen Wahrnehmung und Anerkennung des Ehrenamtes Jugendlicher im Vergleich zum Ehrenamt Erwachsener (Ehrenamt vs. „Hobby“). Auch das Thema Sonderurlaub und Freistellung für ehrenamtliches Engagement wurde in einer Empfehlung berücksichtigt.

Das von Euch geforderte Grundeinkommen wurde nicht aufgegriffen, da dieses Thema für den Auftrag der AG zu weitgehend ist.

3. Arbeit ist das halbe Leben! Wie wollt ihr lernen und arbeiten?

Hier ging es darum, Ideen zu entwickeln, wie auch in ländlichen Regionen, die von schwierigen Mobilitätsbedingungen, Abwanderung, der Schließung von Bildungsstandorten bzw. dem Verlust von Arbeitsplätzen bedroht sind, attraktive Bleibe- und Rückkehrperspektiven für junge Menschen entwickelt werden können. Ihr wurdet unter anderem gefragt: Welche Ideen habt Ihr, um Bildung und Ausbildung sicherzustellen? Was müssen Unternehmen leisten, um junge Leute in der Region zu halten? Und was macht Arbeitsplätze für Euch attraktiv? Was braucht Ihr, um bleiben zu können?

Ihr fordert: *„Bildung soll für alle möglich sein!“* und macht dafür konkrete Vorschläge. So sollen alle Jugendlichen sich (weiter-)bilden können. Durch mehr staatliche finanzielle Unterstützung soll Bildung außerdem nicht vom Einkommen der Familie abhängen. Das Thema Inklusion ist Euch ebenfalls wichtig, insbesondere an Schulen soll es mehr professionelle Betreuung und Unterstützung für ein gemeinsames Lernen von behinderten und nicht-behinderten Schülerinnen und Schülern geben.

Damit wirklich alle an Bildung teilhaben können, wollt Ihr vielfältige Bildungsmöglichkeiten nah am Wohnort, und dafür schlagt Ihr verschiedene Maßnahmen vor.

Auch Eltern soll es ermöglicht werden, an Bildung und Ausbildung teilzuhaben, indem Hochschulen familienfreundlicher werden und an weiterführenden Schulen Kinderbetreuung angeboten wird. Ausfallzeiten vom Beruf während der Elternzeit sollen für Fortbildungen genutzt werden können, der Abendschulbesuch junger Eltern soll gefördert und unterstützt werden.

Ihr fordert aber nicht nur, dass Ihr lernen könnt, auch die Bedingungen, unter denen Ihr lernt, sollen verbessert werden. Schulgebäude sollen modernisiert und mit moderner Technik und Medienangeboten ausgestattet werden. Die Klassen sollen kleiner sein, und es werden mehr Lehrerinnen und Lehrer gebraucht.

Ihr sagt auch: *„Wir wollen mitbestimmen, was wir lernen und wann und wie wir lernen!“* Generell wünscht Ihr Euch mehr lebensnahe Inhalte, eine stärkere Wertevermittlung in der Schule, Angebote zur Berufsberatung sowie Unterstützung beim Übergang in die Ausbildung oder das Studium, z. B. durch mehr Praktika in der Schulzeit.

Ihr wollt, dass die Schulen mehr selbstbestimmtes Lernen ermöglichen, dass die Schülerinnen und Schüler verstärkt zu Eigeninitiative und selbständigem Handeln ermuntert werden und ihre Individualität mehr als bisher gefördert wird. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer soll verändert werden, so dass Bildung auf Augenhöhe stattfinden kann und interkulturell wird und dass mehr Methoden im Unterricht eingesetzt werden.

Wichtig ist Euch auch, dass die bestehenden Formen der Bewertung im Unterricht überdacht werden.

Ihr fordert: *„Weniger Leistungsdruck in der Schule, um besser und mit mehr Spaß lernen zu können.“*

Doch Ihr möchtet auch, dass Bildung anerkannt wird, die außerhalb der Schule – z. B. im Jugendverband – stattfindet: *„Bildung ist mehr als Schule! Wir brauchen Anerkennung und Wertschätzung und bewertungsfreie Räume!“*

Insgesamt wollt Ihr weniger Zeit mit Schule verbringen: *„Wir fordern weniger Hausaufgaben und damit mehr Zeit für Freizeit oder ehrenamtliches Engagement.“*

Mit Euren Vorschlägen habt Ihr ein breites Spektrum an Maßnahmen im Bildungsbereich benannt. Einiges wurde von den Gestaltungspartnern in ihre Empfehlungen aufgenommen, manche Eurer Vorschläge allerdings auch nicht berücksichtigt; zum Beispiel, weil bestimmte Vorschläge bereits sehr weit umgesetzt sind oder auch weil es zu Euren Vorschlägen unterschiedliche Meinungen gab.

Dennoch greift das Handlungsfeld **Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen** einen von Euch als zentral benannten Aspekt Eurer Lebenswelt auf. Auch wir finden: Bildung ist mehr als Schule. Das Thema non-formale Bildung wird im Handlungsfeld **Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken** mit berücksichtigt, allerdings ohne konkrete Empfehlungen dazu zu formulieren. Der Schwerpunkt der Empfehlungen liegt im Handlungsfeld **Bildung** deshalb auf formaler Bildung.

Die Empfehlungen der Gestaltungspartner in diesem Handlungsfeld lauten u. a.: Unterstützung von Hochschulen bei Erhaltung, Schaffung und Ausbau von Standorten bzw. Außenstellen in ländlichen Regionen, Entwicklung und Umsetzung von Kriterien für zeitgemäße und jugendgerechte Schulgebäude sowie deren multifunktionale Nutzung und Öffnung in den Sozialraum sowie entsprechende Investitionen. Außerdem wird eine insgesamt flexiblere Ausgestaltung von Schulstrukturen im Hinblick auf Zugänge, Erreichbarkeiten, Klassenstärke und Abschlussmöglichkeiten empfohlen. Aber auch die Stärkung von Jugendbeteiligung in Schulen gehört zu den Empfehlungen, ebenso wie eine weitere Unterstützung kommunaler Bildungslandschaften. Außerdem wird eine bessere Karriere- und Bildungsplanung für junge Menschen in ländlichen Gebieten empfohlen neben mehr länderübergreifenden und langfristigen Planungen um (weiterführende) Bildungsstandorte in ländlichen Regionen zu entwickeln, zu erhalten und auszubauen. Weiterhin sollten funktionierende eLearning-Konzepte erprobt und initiiert werden. Außerdem sollten auch für Jugendliche mit schlechteren Ausgangsbedingungen die Zugangschancen zu einer dualen Berufsausbildung weiter verbessert werden.

Ihr fordert außerdem einen besseren Zugang zu Ausbildungsplätzen bzw. einen gesetzlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz und eine Umsetzung der EU-Jugendgarantie. Vor Ort sollen Eurer Ansicht nach Anlauf- und Beratungsstellen eingerichtet werden, die Euch bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützen. Auch an Schulen wünscht Ihr Euch mehr Aufklärung über die Vielfalt der Berufe und schlägt dazu Kooperationen zwischen Schulen und lokalen Betrieben vor, um in verschiedene Berufe hineinschnuppern zu können. Und auch kleine Betriebe in der Nachbarschaft sollen darin unterstützt werden, mehr Ausbildungsplätze anzubieten.

Im Handlungsfeld **Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen** wurde berücksichtigt, dass der Zugang zu einer Ausbildung und zum Arbeitsmarkt für Euch einen wichtigen Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe darstellt und es für Eure Zukunfts- und Bleibeperspektive entscheidend ist, welche beruflichen Möglichkeiten Euch der regionale Arbeitsmarkt eröffnet.

Die Empfehlungen der Gestaltungspartner umfassen dementsprechend so unterschiedliche Aspekte wie den Ausbau und die Förderung von Angeboten für ein duales Studium in ländlichen Regionen, mögliche Übernahmegarantien nach der Ausbildung und weitere Anreize für Unternehmensgründungen. Auch eine bessere Vernetzung von Ausbildungsbetrieben, (Berufs-) Schulen und Arbeitgebern in ländlichen Regionen (z. B. durch Ausbildungen in Kooperation, flexible Lehrpläne und regionale Berufsschulentwicklung gemeinsam mit der Wirtschaft), um den Übergang von Schule/Ausbildung in den Beruf zu erleichtern, findet sich in den Empfehlungen. Darüber hinaus sollten Angebote zur Berufsorientierung in den Schulen über einen längeren Zeitraum und stärker in Form von Projekten erfolgen sowie einen Bezug zum regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aufweisen. Eine entsprechende bessere Bildungs- und Karriereplanung z. B. mit Unterstützung der Jugendberufsagenturen findet sich außerdem im Handlungsfeld **Bildung**.

Eine Empfehlung für einen gesetzlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz wurde nicht aufgenommen, weil es dazu unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, ob ein solcher Vorschlag sinnvoll wäre und welche Auswirkungen ein solcher Anspruch hätte.

Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die Sozial- bzw. Beschäftigungspolitik fordert Ihr sichere Arbeitsplätze und gute, flexible Arbeitsbedingungen. Ihr sagt: „*Arbeit muss gerecht entlohnt werden, das heißt Wohnung, Essen, Gesundheitsvorsorge, Urlaub müssen vom Gehalt bezahlt werden können.*“

Dabei schreckt Ihr auch vor großen Forderungen nicht zurück: Mindestlohn, Angleichung der Gehälter in Ost und West aber auch zwischen den Geschlechtern, bedingungsloses Grundeinkommen. Wenn es nach Euch geht, sollen außerdem der Anteil unbefristeter Arbeitsverträge erhöht werden sowie die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Ihr wollt, dass Leiharbeitsfirmen abgeschafft werden und das Alter der Belegschaften in den Betrieben stärker durchmischt ist.

Eure Vorschläge im Hinblick auf Entlohnung (Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen, Angleichung der Gehälter) sowie zu grundlegenden arbeitsmarktpolitischen Forderungen wurden allerdings nicht berücksichtigt, da diese Themen für den Auftrag der AG zu weitgehend sind.

Ihr wollt aber auch ein Leben neben der Arbeit und ein Recht auf Zeit. Ihr sagt: „*Arbeit ist nur das halbe Leben!*“ Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit soll gesenkt werden bei weiter angemessener Bezahlung. Ihr wollt mehr Zeit für Familien und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, u. a. durch eine Anerkennung von Elternzeit, mehr Langzeitarbeitskonten und bedarfsgerechte, bezahlbare bzw. kostenfreie Kinderbetreuung aber auch mehr Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder. Außerdem schlägt Ihr vor, Unternehmen Zertifikate für Familienfreundlichkeit zu verleihen.

Eure Forderungen im Hinblick auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigen die Handlungsempfehlungen der Gestaltungspartner insbesondere im Handlungsfeld **Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern**. Dort finden sich Empfehlungen wie z. B. die regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung entsprechender Regelungen für familienbedingte Auszeiten (z. B. zur Eltern- und Pflegezeit), der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, die Entwicklung eines erweiterten Verständnisses von Lebensarbeitszeit (Stichwort Langzeitarbeitskonten) und die Förderung einer familienfreundlichen Personalpolitik durch flexible Arbeitsmodelle, Telearbeit und betriebliche Kinderbetreuung. Die Zertifikate für familienfreundliche Unternehmen sind nicht in die Empfehlungen eingegangen, da es diese schon gibt (z. B. audit berufundfamilie, Qualitätssiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ in Nordrhein-Westfalen).

4. Wir sind verschieden: was machen wir daraus?

Unser Land verändert sich. Und auch die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Regionen ändert sich, nicht zuletzt durch die gestiegenen Flüchtlingszahlen. Das Thema Vielfalt ist Euch wichtig, das hat bereits die erste Beteiligungsrunde gezeigt. Wir haben es deshalb auch als weiteres Handlungsfeld aufgenommen. Nun werdet Ihr gefragt, welche konkreten Vorschläge Ihr habt, um das Zusammenleben zu gestalten. Woran fehlt es, damit wir alle miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft leben können?

Toleranz, Respekt und Anerkennung seht Ihr als Voraussetzung für ein gutes Miteinander. Durch gezielte Information sollen bestehende Ängste in der Bevölkerung aufgenommen und entkräftet werden. Auch sollte es mehr Angebote der politischen Bildung geben. Durch gemeinsame Aktionen mit Zugezogenen könnten Kontakte hergestellt werden, in dem z. B. Freizeitangebote für Flüchtlingskinder in Kooperation mit Kindergärten und Grundschulen auf die Beine gestellt werden. Ihr schlägt außerdem vor, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland leben, als Vermittlerinnen und Vermittler, als Patinnen und Paten fungieren, z. B. auch in Betrieben oder Schulen. Außerdem sollen Menschen mit Migrationshintergrund stärker in die Integrationspolitik einbezogen werden. Aber auch eine besser koordinierte und transparentere Flüchtlingspolitik wird von Euch gefordert, die Geflüchtete als Chance und nicht als Bedrohung sieht.

Teilhabe in der Gesellschaft ist aus Eurer Sicht auch deshalb wichtig, um den Neuankömmlingen eine Perspektive zu geben und einer möglichen Radikalisierung entgegen zu wirken. Ihr sagt: „*Soziale Ungleichheit, geringe Bildung und Zukunftschancen, kaum Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie das Gefühl,*

gesellschaftlich 'vergessen' worden zu sein, führen dazu, dass sich junge Menschen von radikalen Gruppen angezogen fühlen. Um Terrorismus nachhaltig zu bekämpfen, müssen genau diese Punkte angegangen werden.“

Auch wir sind der Ansicht, dass zu einer zukunftsorientierten Demografiepolitik Maßnahmen zur Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer gehören. Es wurden viele Eurer Vorschläge aufgegriffen und zwar sowohl im Handlungsfeld **Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen** als auch im Handlungsfeld **Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen**.

Die Empfehlungen der Gestaltungspartner zum Thema Integration beinhalten z. B. gemeinsam mit Jugendlichen Integrationsstrategien zu entwickeln und dabei zugewanderte Menschen und ihre Interessenvertretungen aktiv einzubinden. Darüber hinaus geht es um die Entwicklung von Konzepten zur besseren Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in kommunalen und regionalen Bildungseinrichtungen und -angeboten, Vereinen und ehrenamtlichen Strukturen (z. B. Mentorenprogramme, Sprachtandems, Patenschaften). Dabei sollten Formate bevorzugt werden, die den zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine aktive Integration ermöglichen. Außerdem werden mehr dezentrale Angebote für geflüchtete und zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene in ländlichen Regionen vorgeschlagen – dies umfasst z. B. auch Sprachkurse. Nicht zuletzt sollte eine spezifisch qualifizierte Schulsozialarbeit gefördert werden, um zugewanderte Jugendliche darin zu unterstützen, die Schule erfolgreich abzuschließen. Außerdem sollten zugewanderte Jugendliche frühestmöglich in örtliche Vereinsstrukturen, wie z. B. Sportvereine eingebunden werden. Und ländliche Regionen sollten geeignete Strategien entwickeln, um über die positiven Faktoren für eine gelingende Integration von zugewanderten Jugendlichen zu informieren.

Ihr seid außerdem der Ansicht, dass auch ausreichender, dezentraler Wohnraum wichtig für eine erfolgreiche Integration ist. Eine der Empfehlungen greift diesen Punkt auf, indem vorgeschlagen wird, die gezielte, zusätzliche Instandsetzung un- oder untergenutzter Bausubstanz zu verstärken, um geflüchteten Menschen noch schneller ein preiswertes und attraktives Wohnangebot machen zu können.

Ihr fordert außerdem, dass Gesellschaft und Politik ein besonderes Augenmerk auf junge Geflüchtete legen sollten: *„Unsere Aufnahmegesellschaft muss dafür sorgen, dass junge Geflüchtete in die Lage versetzt werden, mit den ungewollten biografischen Brüchen leben zu können, das heißt selbstbestimmt Perspektiven für die Zukunft entwickeln zu können.“* Deshalb fordert Ihr, dass allen Geflüchteten zwischen sechs und 18 Jahren der Zugang zu kostenloser Bildung ermöglicht wird und dass wirklich alle ins Bildungssystem eingebunden werden.

Das Thema „junge Geflüchtete“ haben die Gestaltungspartner insbesondere im Hinblick auf begleitete minderjährige Geflüchtete und junge volljährige Geflüchtete aufgegriffen. Im Vergleich zu unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, für die es bereits viele spezifische Angebote gibt, besteht hier ein besonderer Handlungsbedarf. Insofern wird empfohlen, die bessere Unterstützung und Integration insbesondere dieser Gruppe verstärkt in den Blick zu nehmen und geeignete Unterstützungsformate für diese Zielgruppen zu entwickeln und umzusetzen. Das Thema Bildung bzw. Bildungszugang wurde dabei nicht gesondert aufgegriffen, sondern wird verstanden als Teil des „Gesamtpakets“, wenn es um Unterstützungsformate für diese Zielgruppe geht.

Zur Teilhabe in der Gesellschaft gehört für Euch in erster Linie, dass die Geflüchteten erwerbstätig sein und ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können. *„Eine einfache und unbürokratische Arbeitserlaubnis ermöglicht es, diese 'stille Reserve' deutlich besser zu nutzen. Dazu gehört auch eine zeitnahe Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen.“*

Mehr Unterstützung bei der beruflichen Integration sollte die Politik auch leisten, indem sie mehr Deutschkurse anbietet. Allerdings sagt Ihr auch: *„Wir fordern das mehrsprachige Angebot von Informationen für Geflüchtete (damit sie Handlungsoptionen erkennen und auswählen können). Auch ohne gleich die deutsche Sprache zu können, muss es die Möglichkeit zur Verständigung geben.“*

Ihr fordert außerdem, dass der Familiennachzug für alle unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten wieder ermöglicht wird und dass die Verfahren dafür vereinfacht und beschleunigt werden.

Da viele Eurer Vorschläge weit über den thematischen Auftrag der AG hinausgehen und außerdem mit dem neuen Integrationsgesetz, das seit dem 6. August 2016 in Kraft ist, bereits viele dieser Dinge geregelt wurden, wurden insbesondere die Punkte Arbeitserlaubnis und Familiennachzug nicht gesondert behandelt. Auch an Sprachkursen und mehrsprachigen Informationen gibt es bereits viele gute Angebote, so dass auch diese Vorschläge nicht gesondert berücksichtigt wurden.

Damit Jugendverbände gezielt mit jungen Geflüchteten arbeiten können, fordert Ihr, dass sie mehr Geld zur Verfügung gestellt bekommen. Dies wird unseres Erachtens bereits durch die Empfehlung zur langfristigen Sicherung und strukturellen Unterstützung der Jugendarbeit im Handlungsfeld **Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken** teilweise ermöglicht, so dass das hier nicht erneut aufgegriffen wurde.

Zu einem Zusammenleben in Vielfalt gehört für Euch jedoch nicht allein die Integration von Geflüchteten. Ihr fordert: *„Eine gerechte Welt für alle! Jede_r hat genug zum Leben! Jede_r hat die gleiche Chance auf ein gutes Leben!“* Ihr wollt eine gleichberechtigte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung und ihres Geschlechts die gleichen Chancen haben – in einem Klima der Akzeptanz und Offenheit. Außerdem soll Individualität stärker unterstützt werden und auch im Bildungssystem sollte auf verschiedene Menschen eingegangen werden. Ihr wünscht Euch darüber hinaus mehr Frauen in Führungspositionen und fordert von der Politik, dass diese als Vorbild und queer-freundlich agiert.

Um ländliche Regionen als attraktive, vielfältige Lebensräume für junge Menschen zu erhalten und zu stärken, sind vielfältige Maßnahmen für Solidarität, Demokratie und Toleranz erforderlich. Im Handlungsfeld **Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen** wurden dazu von den Gestaltungspartnern verschiedene Empfehlungen ausgesprochen. So sollten Maßnahmen zur politischen Bildung und im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention weiter verstetigt und deren Überführung in Regelstrukturen geprüft werden. Außerdem sollten niedrigschwellige Fördermöglichkeiten für demokratierelevante Projekte, Vorhaben und Veranstaltungen aufgelegt und langfristig gesichert werden. Wichtig ist auch, Multiplikatorinnen- und Multiplikatorenschulungen und Anti-Rassismus-Trainings auch im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung zu etablieren, zu sichern und auszubauen sowie Strukturen für Diskriminierungsberatung bzw. Schulungsmaßnahmen zu schaffen (auch online) bzw. besser bekannt zu machen.

Das Thema „queerfreundlich“ wurde mit der Empfehlung aufgegriffen, in den Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz – der derzeit überarbeitet wird – die Themen Homo- und Transphobie einzubeziehen. Zum Thema Inklusion und auch in Anlehnung an Euren Vorschlag zum gemeinsamen Lernen von „Behinderten“ und „Nicht-Behinderten“ wurde außerdem empfohlen, den Ausbau von Barrierefreiheit in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen durch finanzielle Förderung entsprechender technischer und baulicher Maßnahmen voranzutreiben.

5. #JUNGETHEMEN: Eine jugendgerechte Gesellschaft entsteht nicht von allein!

In der Beteiligungsrunde hattet Ihr außerdem die Möglichkeit, in einer offenen Frage alle die Themen anzusprechen, die nicht abgefragt wurden, die Euch aber dennoch wichtig sind. Vieles von dem, was Ihr in dieser offenen Frage fordert, ist auch aus Sicht der AG wichtig und diskussionswürdig. Vieles passt jedoch nicht in den aktuellen Auftrag der AG oder ist auch zu weitgehend für das von uns behandelte Thema. Insofern haben wir diese Dinge im Rahmen unseres aktuellen Auftrags nicht weiter verfolgt.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Handlungsempfehlungen der Gestaltungspartner wurden zum Demografie Gipfel der Bundesregierung am 16. März 2017 veröffentlicht, zum einen auf der Homepage des Bundesjugendministeriums www.bmfsfj.de und auf dem Demografieportal des Bundes unter www.demografie-portal.de. Auf dem Demografieportal findet Ihr auch die Ergebnisse der anderen neun Arbeitsgruppen im Rahmen der Demografiestrategie.

Das Bundesjugendministerium wird sich mit der Veröffentlichung dafür einsetzen, dass auch Eure Vorschläge Eingang in die Weiterentwicklung der Demografiestrategie finden. Es wird insbesondere auch daran arbeiten, diejenigen Eurer Vorschläge, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen bzw. diese auch tatsächlich umzusetzen.

Ob die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ ihre Arbeit auch in der neuen Legislaturperiode fortsetzen kann, entscheidet sich allerdings erst nach der Bundestagswahl am 24. September 2017. Wir finden es auf jeden Fall wichtig, dass Ihr auch weiterhin Eure Interessen und Bedürfnisse und natürlich Eure Ideen in die Demografiestrategie der Bundesregierung einbringen könnt.

Wie es weitergeht, erfahrt Ihr auf der Homepage des Bundesjugendministeriums unter www.bmfsfj.de, auf www.jugendgerecht.de (der Internetseite der Jugendstrategie des Ministeriums) und auch auf dem Demografieportal des Bundes unter www.demografie-portal.de.

Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“
Berlin, April 2017